



FDP

Fraktion
Region Hannover

15. Februar 2011

Haushalt 2011 der Region Hannover

Rede des Vorsitzenden der FDP-Fraktion, Dieter Lüddecke

Allgemeines

Die Region wird heute den Haushalt 2011 mit einem Defizit von 95 Mio. Euro beschließen, obwohl wir über die Regionsumlage aufgrund der gestiegenen Steuerkraft unserer Städte und Gemeinden 19 Mio. Euro mehr einnehmen werden. Dies hat zur Folge, dass sowohl die Schulden der Region als auch die Liquiditätskredite weiter steigen werden und wir zukünftig mehr für Zinsen und Tilgung ausgeben müssen als bisher. In diesem Jahr wird die Region bei einer solchen Haushaltspolitik allein um die Liquidität in unserer Regionskasse zu erhalten, täglich ca. 65.000 Euro an Zinsen zu zahlen haben. Bei weiteren Zinssteigerungen wird sich dieser Betrag noch deutlich erhöhen. Dazu kommen noch die Tilgungen unserer Schulden.

Ich schicke dies voraus, damit wir alle wissen, worüber heute zu reden ist. Dies scheint mir nicht bei allen Fraktionen angekommen zu sein. Wir anerkennen als FDP-Fraktion ausdrücklich die Bemühungen des Regionspräsidenten um Reduzierung des Defizits. Nur, es reicht nicht aus, zumal im Wahljahr bei einigen Politikern der linken Seite des Hauses wie so häufig neue Begehrlichkeiten geweckt und mit dem Begriff Daseinsvorsorge begründet werden.

Bei fast allen Reden zum Haushalt wird über derartige Ausgaben aus kommunalen Kassen gesprochen. Ich möchte deshalb zunächst die Einnahmenseite beleuchten. Die Steuerkraft unserer Städte und Gemeinden, die uns über die Regionsumlage ganz wesentlich finanzieren, können wir nur stabilisieren, wenn wir zwei Punkte im Haushalt verwirklichen: erstens müssen wir unser Konzept für eine effiziente Wirtschaftsförderung weiterentwickeln, um Arbeitsplätze zu schaffen und damit Transferleistungen im Sozialbereich zu reduzieren und zweitens einen wirkungsvollen Betrag für Investitionen ansetzen. Bei der Wirtschaftsförderung sind wir auf einem guten Weg, bei Investitionen sind uns aufgrund der zunehmenden Verschuldung die Hände gebunden. Die Region braucht aber dringend Investitionen, einmal um das eigene Vermögen zu erhalten, weiter um Arbeitsplätze besonders im Handwerk zu sichern und drittens, weil mehr als zwei Drittel dieser Ausgaben über Steuern, Abgaben und Einzahlungen in die sozialen Sicherungssysteme an den Staat zurückfallen. Mit diesem Haushalt machen wir leider das Gegenteil.

Investitionen

Deshalb möchte ich bei einigen Einzelbetrachtungen zum Haushalt mit den Investitionen beginnen. Die Auszahlungen für Investitionen sind mit 50,5 Mio. Euro bei Gesamtausgaben von ca. 1.400 Mio. Euro natürlich viel zu gering. Da aber nur 9,2 Mio. Euro aus eigenen Mitteln über Einzahlungen aus Investitionstätigkeit gedeckt sind, müssen selbst diese geringen geplanten Investitionen mit über 40 Mio. Euro aus Krediten finanziert werden. Diese angespannte Situation zwingt uns, eindeutige Schwerpunkte zu bilden und nicht jeder häufig auch sinnvollen Forderung nachzugeben. Mit Investitionen in Bildung, Gesundheit und Verkehr sind die Schwerpunkte überwiegend richtig gesetzt und nicht zu beanstanden, auch wenn wir uns eine andere Verteilung zwischen Schiene und Straße gewünscht hätten. Wenn die Region allerdings die zwingend notwendige Erhöhung der Summe aller Investitionen erreichen will, dann geht das nur über die Konsolidierung des Ergebnishaushalts. Für den Finanzhaushalt wäre es hilfreich, wenn es der Region gelänge, sich von ihren zahlreichen Immobilien zu trennen. Der Verkauf der Weißen Düne scheint nach langen Diskussionen nun endlich zu gelingen, die Veräußerung der für uns nicht zwingend notwendigen Schullandheime scheitert noch immer daran, dass Verwaltung und rot-grüne Mehrheit es offensichtlich nicht wollen oder nicht können. Stattdessen wird im Schullandheim Torfhaus mit über 1,44 Mio. Euro noch einmal kräftig investiert. Das sind Gelder, die bei anderen wichtigen Investitionen fehlen.

Wirtschaftsförderung

Ziel der FDP war immer die Wirtschaftsförderung aus einem Guss, möglichst verwaltungsfern und wirtschaftsnah. Deshalb ist es richtig, Aufgaben und Kräfte in einer Gesellschaft zu bündeln. Über die Ausgestaltung kann man streiten, der Weg ist jedoch der richtige. Wir sollten nur darauf achten, dass in Zukunft keine Doppelstrukturen entstehen. Deshalb kommt es der FDP-Fraktion darauf an, dass möglichst zeitnah der Fachbereich 80 in diese Gesellschaft eingegliedert wird. Mittelständische Unternehmen verstehen nicht, warum sie immer noch unterschiedliche Ansprechpartner vorfinden, wenn sie Unterstützung bzw. Rat benötigen. Hier sollte möglichst schnell mit der Landeshauptstadt eine Lösung gefunden werden. Die Veränderungen in den Strukturen sowie die strategische Ausrichtung der Wirtschaftsförderung sollte auch weiterhin im Ausschuss für Wirtschaft und Beschäftigung diskutiert und begleitet werden. Mit Genugtuung kann ich feststellen, dass in diesem Ausschuss ein hohes Maß an Übereinstimmung in Grundsatzfragen vorhanden ist, mit Ausnahme der Linken natürlich. Diese gemeinsam gefassten Beschlüsse helfen kleinen und mittleren Unternehmen und vor allem den Arbeitssuchenden und entlasten gleichzeitig die Transferzahlungen aus dem Sozialetat. Die permanente Debatte um die Höhe der Hartz-IV-Sätze und ständig neue Formen des Sozialtickets zeigen den Arbeitssuchenden keine Zukunftsperspektiven auf. Stattdessen sollte irgendwann auch die Fraktion Die Linke begreifen, dass mit dem augenblicklichen Wirtschaftsaufschwung die Region eine Chance hat, die Schaffung neuer Arbeitsplätze wirkungsvoll zu unterstützen. Das gelingt nur über eine effiziente Wirtschaftsförderung, deshalb müssen wir diese Chance nutzen.

Verkehr

Die Region verfügt nach wie vor über ein hervorragend ausgebautes ÖPNV-Netz, das bundesweit Anerkennung findet. Die FDP-Fraktion ist der Auffassung, dass die hohe Verschuldung der Region uns dazu zwingt, in Zukunft noch genauer als in der

Vergangenheit zu prüfen, welche Maßnahmen zurzeit zwingend notwendig sind und damit im Haushalt 2011 Eingang finden müssen und welche wir über mehrere Jahre strecken können und auf welche Maßnahmen wir ganz verzichten sollten. Angesichts des immer noch hohen eigenen Zuschussbedarfs dürfen mittelfristig Abstriche durch das moderate Kürzen von Angeboten sowie das Verlängern von Takten kein Tabu sein. Ich weiß, dass dies für die eine Seite des Hauses eine heilige Kuh ist, an die sich niemand heranwagt. Aber ohne Kürzungen auch in diesem Bereich können wir den Haushalt auf Dauer nicht konsolidieren. Ausdrücklich anerkennen wollen wir an dieser Stelle die erfolgreichen Sparbemühungen der üstra. Dadurch werden die Zuschüsse der Region deutlich zurückgefahren, auch wenn wir hier von der VVG und dem steuerlichen Querverbund abhängig sind und damit von dauerhaften Gewinnen der Stadtwerke Hannover.

Die FDP-Fraktion hält Stadtbahnverlängerungen nach Misburg-Mitte und nach Hemmingen im Augenblick für verzichtbar. Auch bei der mittelfristigen Planung fordern wir die Mehrheitsgruppe auf, sich auf wesentliche Maßnahmen zu konzentrieren und von nicht finanzierbaren neuen Vorhaben Abstand zu nehmen. Zu solchen Maßnahmen rechnen wir den Ausbau der D-Linie im Innenstadtbereich Hannovers. Die einzelnen Varianten sind bekannt. Die oberirdische Lösung ist verkehrstechnisch strittig und wird von uns abgelehnt. Die unterirdische Lösung ist nicht finanzierbar. Wir werden wohl mit der heutigen Streckenführung zunächst weiter leben müssen.

Bei den Investitionen hat für die FDP-Fraktion eine faire Verteilung der Mittel zwischen ÖPNV und Straße oberste Priorität. Hier wünschen wir einen höheren Ansatz zugunsten der Regionsstraßen, was die rot-grüne Mehrheit leider abgelehnt hat. Wenn auf Teilen unserer über 600 km langen Regionsstraßen 15 Jahre lang nichts geschieht, dann müssen sie laut ADAC-Gutachten komplett erneuert werden. Das wird so teuer, dass eine solche Maßnahme dann nicht mehr finanzierbar wird. Deshalb brauchen wir mehr Mittel für jährliche Sanierungsmaßnahmen. Hier verlassen wir uns eher Expertengutachten als auf grüne Weltverbesserungsideen.

Kosten können auch durch Reduzierung der hohen Standards bei Infrastrukturanlagen gespart werden. Die augenblicklichen Standards treiben besonders die Kosten für Park- und Ride-Parkplätze sowie für Hochbahnsteige in die Höhe. Hier sollte die Verwaltung ihren Handlungsspielraum ausloten. Andere Standards mit geringeren Kosten können ebenfalls eine gute Qualität erzeugen.

Einen Lichtblick sehen wir in der Ausschreibung des gesamten S-Bahnnetzes zum Fahrplanwechsel 2012. Hier möchten wir ausdrücklich die gute Vorarbeit der Verwaltung anerkennen.

Soziales

Ich komme zu den Bereichen Soziales, Gesundheit und Jugendhilfe.

Der Zuschussbedarf in der Sozialhilfe soll 2011 geringer ausfallen als im Haushaltsplan 2010. Dies ist keine echte Ersparnis, sondern liegt an den bewusst zu hoch geschätzten Kosten der Unterkunft im Haushaltsplan 2010. Hier war ein außerordentlich großer Puffer eingerechnet, den meine Fraktion im letzten Jahr an dieser Stelle kritisiert hatte. Wir erwarten, dass die Verwaltung daraus resultierende Konsolidierungsbeiträge von mehr als

20 Mio. € bei der Vorstellung der Jahresrechnung 2010 nicht als Eigenleistung vermarktet. Dies ist leider im Haushaltssicherungsbericht schon geschehen, was wir trotz unserer Zustimmung zu dem gesamten Bericht an dieser Stelle beanstanden.

Die Aufwendungen im Einzelplan 4 Soziales und Jugend nähern sich der Marke von einer Milliarde Euro. Hier gibt es nach unserer Auffassung mit hoher Wahrscheinlichkeit Optimierungs- und Konsolidierungspotentiale. Um diese zu heben, ist der ganzheitliche Untersuchungsansatz der richtige Weg, den die Finanzdezernentin im HSK 2010 bis 2013 bereits beschrieben hat und andere Landkreise mit Erfolg praktizieren.

Wir sind der Auffassung, dass durch eine differenzierte Analyse der Strukturen, der Arbeitsabläufe, der Steuerung sowie der Personalausstattung Kosten gesenkt werden können, ohne dass hilfebedürftige Leistungsempfänger in irgendeiner Form dabei Nachteile erfahren.

Die Regionsverwaltung ist mit einer solchen Aufgabe in Eigenregie überfordert, sie benötigt externe Unterstützung. Unser Antrag, hierfür Fachleute von außen zu holen und unter Einbeziehung der Politik möglicherweise auch erst einmal nur Teile zu optimieren, wird von rot-grün und den Linken wiederholt blockiert. Wir sagen Ihnen: Wer heute bei solchen Fragen nicht umsteuert, darf sich morgen nicht über explodierende Kosten beschweren!

Herr Jagau, wir wissen, dass Sie persönlich sparen und konsolidieren wollen! Manchmal sind wir allerdings irritiert, wie bei der Anmietung teurer, neuer Büroflächen, bei einer Workshopreihe für Hannover Holding für immerhin 111.000 € oder bei Ihrer denkwürdigen Personalversammlung. Hier hätte man konsequenter sparen müssen.

Bei der verpassten Übernahme der Jobcenter durch die Region Hannover ist deutlich geworden: Eine Minderheit aus SPD und Linken hat gegen den Regionspräsidenten und gegen die Mehrheit der Versammlung gestimmt. Mit der Folge, dass Einspareffekte in zweistelliger Millionenhöhe nicht realisiert werden können. Dieses Volumen ist keine Erfindung der FDP, sondern es wurde durch den Vizepräsidenten des Deutschen Landkreistages, Landrat Reuter, einem erfahrenen Experten, für die Region Hannover berechnet.

Wir nehmen auch der Grünen Fraktion den Willen zur Konsolidierung nicht ab. Die Grünen akzeptieren in den Bereichen Umwelt und ÖPNV keinerlei natürliche Kostengrenzen. Vieles von dem, was Sie fordern, ist tatsächlich wünschenswert, aber irgendwann sind Grenzen der Finanzierbarkeit erreicht, auch in Wahljahren.

Ein anderes Beispiel: seit 2002 hat die politische Mehrheit 9,4 Mio. € für Aufwendungszuschüsse verbrannt, die, wie sich jetzt herausstellt hat, nicht benötigt wurden, um Belegrechte für sozial Benachteiligte zu halten. Es ist gut, dass der Präsident jetzt endlich diesem Handeln einen Riegel vorschiebt. Wir hoffen, dass es gelingen wird.

Als teure Fehlentscheidung sieht meine Fraktion auch die Erstellung eines qualifizierten Mietspiegels für das Regionsgebiet. Dieser wird das angepeilte Ziel gerichtsfester, stabiler, möglichst sogar sinkender Kosten der Unterkunft nicht nur verfehlen, sondern ins Gegenteil verkehren. Zielorientierter und wirtschaftlicher wäre es gewesen, eine

Mietstrukturanalyse zu beauftragen, die ganz konkret nur den relevanten Wohnungsbestand ins Auge gefasst hätte und in ihren Ergebnissen den tatsächlichen KdU-Mieten näher gekommen wäre, als das, was jetzt aus verschiedensten Erhebungen zusammengestellt wird.

Zum Schluss ein Wort zum Zoo. Die sozialistische Vorstellung, der Staat oder die Kommune, hier die Region, könnte Preise eines Unternehmens festlegen, ist ein Irrweg. Vor allem der Vorschlag der Linken, Besitzer des Hannover-Aktivpasses bzw. der Region-S-Karte sollten nur 5 Euro Eintritt zahlen, belastet den Haushalt der Region, denn Verluste des Zoos muss die Region als Gesellschafter auffangen. Gerechtigkeit schafft dieser Vorschlag am wenigsten, denn junge Familien mit einem Nettoeinkommen von 2.000 bis 2.500 Euro haben gleiche Probleme, einen Zoobesuch zu finanzieren. Diese haben zuvor durch ihre Steuern bereits den Ausbau des Zoos mitfinanziert. Sie schaffen mit solchen absurden Vorschlägen mehr Ungerechtigkeit anstatt diese zu beseitigen.

Ich möchte aus der Sicht der FDP-Fraktion an dieser Stelle nicht nur kritisieren. Wir begrüßen ausdrücklich, dass die Klinikum Region Hannover GmbH die Verlustzone offensichtlich verlassen hat und in den nächsten Jahren ihre Investitionen selbst stemmen wird. Die Region Hannover wäre dazu heute auch nicht mehr in der Lage.

Ebenso positiv ist es, dass der Niedersächsische Landtag jetzt die Ungleichgewichte im Jugendhilfekostenausgleich beseitigt hat, nachdem im Regionsgesetz hier die damalige Landesregierung wohl etwas falsch eingeschätzt hatte. Meine Fraktion hat seit Regionsgründung die Schließung dieser Gerechtigkeitslücke stets angemahnt.

Personal

Beim Personal rächen sich die Versäumnisse der Vergangenheit. Hätte man frühzeitig nach der Regionsgründung eine dezidierte Aufgabenkritik in der Regionsverwaltung vorgenommen und daraus resultierend einen Personalentwicklungsplan erstellt, dann hätte man einige der heutigen Probleme vermeiden können. So wären zeitweise feststellbare Doppelstrukturen oder die heutige Überalterung des Personals vermieden, was immer zu Mehrkosten führt. Und jetzt stellt die Verwaltung plötzlich einen Mehrbedarf von 55 Stellen fest. Das kann sich kein mittelständisches Unternehmen leisten, wenn es nicht in die Gefahr einer Insolvenz laufen will. Hier stellt sich Ihnen, Herr Regionspräsident, eine wichtige Aufgabe, die schnell erledigt werden muss und nicht auf spätere Jahre verschoben werden darf.

Schlussbemerkung

Wir anerkennen als FDP-Fraktion die Bemühungen der Verwaltung um Konsolidierung eines bisher hoch defizitären Haushalts. Leider bleibt es nur beim Bemühen. Wenn mit den jetzigen Planungen weiter gearbeitet wird, ist der Weg zu einem strukturell ausgeglichenen Ergebnishaushalt noch weit. Die gute Konjunktorentwicklung und damit verbunden Mehreinnahmen über die Regionsumlage sowie Mehreinnahmen bei Schlüsselzuweisungen des Landes in 2011 in Kombination mit einer konsequenten Haushaltskonsolidierung hätten dieses Ziel bereits in diesem Jahr in greifbare Nähe rücken können. Stattdessen werden auch weiterhin von der rot-grünen Mehrheit Ausgaben getätigt (überwiegend auch sinnvolle), so als hätten wir einen kerngesunden Haushalt. Die Entwicklung von Strukturmaßnahmen, die längerfristig eine konsolidierende Wirkung

haben sollen, wird vom Regionspräsidenten auf 2013 verschoben, kurzfristig greifende globale Minderausgaben im laufenden Jahr von 25 Mio. Euro werden nicht ausdifferenziert, sondern nur pauschal im Haushalt eingesetzt und die von der Bundesregierung angekündigte aber noch nicht beschlossene Entlastung der Kommunen wird bereits für die folgenden Jahre mit 50 Mio. Euro im Haushaltssicherungskonzept eingeplant. Die beiden letzten Beträge beruhen auf dem Prinzip Hoffnung und zeugen nicht von einer soliden Haushaltsplanung. Wir alle wissen, effiziente Haushaltsplanung muss langfristig angelegt sein. So hätten Sie unsere alte Forderung nach Durchleuchtung des Einzelplans 4 durch Externe mit dem Ziel einer Optimierung von Verwaltungsabläufen längst umsetzen und damit erhebliche Kosten sparen können. All das hat vor allem äußerst negative Folgen auf die Höhe der in Anspruch genommenen Liquiditätskredite von durchschnittlich mehr als 600 bis 700 Mio. Euro im laufenden Jahr, was dem Haushalt besonders weh tut.

Wir merken auch an Ihren Reden in den Ausschüssen und hier in der Regionsversammlung, dass Haushaltskonsolidierung zwar angesprochen, aber immer noch nicht als oberste Priorität angesehen wird. Deshalb kann die FDP-Fraktion der vorliegenden Haushaltssatzung für das Jahr 2011 nicht zustimmen.